

Pressemitteilung BI Uns stinkt's

Herne, 10.07.19

Viele Paragraphen und wenig Einsichten auf dem Erörterungstermin zur Erweiterung der Zentraldeponie Emscherbruch

Am gestrigen Auftakt des Erörterungstermins zur Erweiterung der Zentraldeponie wurde von Beginn an vehement diskutiert. Die Bezirksregierung musste sich die Kritik der Bürgerinitiative zur Wahl des Termins und vor allem der Uhrzeit anhören. So hatte Regierungspräsidentin Frau Feller Vertretern von Uns stinkt's an einem gemeinsamen Treffen am 02. Mai zugesichert, dass der Erörterungstermin ab 18 Uhr stattfinden, damit man möglichst vielen berufstätigen Einwohnern die Teilnahme ermöglichen könnte. Die Bezirksregierung Münster argumentierte, dass sie darüber anderslautende Informationen hätte und es generell keine "richtige Uhrzeit" gebe, da auch zu späteren Zeiten Schichtarbeiter ebenfalls nicht hätten teilnehmen können. Weiterhin hätten auch die Fachbehörden reguläre Arbeitszeiten zwischen 8 und 17 Uhr. Auf die Nachfrage, ob man die Fachbehörden bei der Entscheidung einbezogen hätte, musste die Bezirksregierung verneinen. Von den Einwohnern kam dann der Hinweis, dass die Behörde bei anderen Verfahren, z.B. beim Kohlekraftwerk in Datteln, auch abends verhandelt hätte. So blieb allein der Ermessensspielraum der Bezirksregierung übrig.

Nur wenige Minuten später forderte die Bürgerinitiative, das Planfeststellungsverfahren aufgrund einer unzureichenden Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) einzustellen. Der Grund: Zahlreiche Gutachten seien unvollständig, fehlerhaft oder offenbar manipuliert, eine vollständige UVP entsprechend nicht vorhanden. Diesen Antrag lehnte die Bezirksregierung Münster ab: "Der Zweck des Erörterungstermins ist Ihr Input, keine Entscheidung".

Auch das LANUV machte keine gute Figur: Die Vertreterin der Behörde zeigte in einem halbstündigen Vortrag, dass es Bedarfe für DK 1-Volumen für ganz NRW gebe, die auch durch entsprechende Planungen gedeckt seien. Und sie stellte dar, dass die Zentraldeponie Emscherbruch die einzige Deponie im Regierungsbezirk Münster sei. In seiner Präsentation zu dem Thema kontierte Heinz-Peter Jäkel, Sprecher der Bürgerinitiative Uns stinkt's, die Aussagen der Behörde. "Der Bezugsrahmen für die Planung ist der RVR mit dem Regionalplan Ruhr und nicht die Bezirksregierung Münster" so Jäkel, "Zudem sind zwei Deponien für den Regierungsbezirk in der Planung." Darüber festzuhalten sei, dass die AGR - nach eigenen Angaben - 87% des Mülls aus dem RVR-Gebiet und nur 5% aus dem restlichen NRW und entsprechend keine Planrechtfertigung gegeben sei. "Es gibt genügend Restvolumina und die Entsorgungssicherheit ist über 15 Jahre gesichert: Ein Jahr weniger - bei Schließung der ZDE - spielt aus heutiger Sicht keine Rolle, würde aber endlich die 50 Jahre Solidarleistung der Anwohner anerkennen und würdigen." schloss Sprecher

Heinz-Peter Jäkel. Dadurch, dass es kein Bedarf gebe, ist auch keine Planrechtfertigung gegeben.

Dass der Standort nicht geeignet ist, konnte Jäkel ebenfalls ausführen: "Es existiert unter dem Altbereich keine Basisabdichtung, die seit 2009 zwingend erforderlich ist. Eigentlich hätte die Deponie zu dem Zeitpunkt geschlossen werden müssen, stattdessen möchte man jetzt auf diesen Bereich noch weiter aufschütten." Was dann unter der Zentraldeponie Emscherbruch passiere, wisse keiner - auch keiner der Gutachter.

Im weiteren Verlauf des Tages konnte die Bürgerinitiative den Begriff des Gemeinwohls, eben das Wohl aller Mitglieder einer Gemeinschaft definieren, und aufzeigen, mit welchen Mitteln die Betreiberin die Öffentlichkeit täuscht: So werden die Auslandsgeschäfte in der Statistik zur Herkunft des Abfalls gerne im Punkt "Übrige Bundesländer" Deutschlands versteckt. Dass auch Zitate von der Betreiberin nicht vollständig wiedergegeben werden und damit den Sachverhalt verzerren, konnte die Bürgerinitiative im Verlauf der Erörterung nachweisen. "Das ist das ganz normale Kommunikationsverhalten der Betreiberin.", so Jäkel.

Dann ging es um das Klima. Dass die Betreiberin zwar zu den Auswirkungen des Klimawandels Hochwasser und Starkniederschläge, aber keine windbedingten Konsequenzen untersucht hat, stößt bei der Uns stinkt's auf völliges Unverständnis. So konnte Videomaterial vorgelegt werden, das Staubwolken "wie Nebel" auf der Straße vor der Zentraldeponie Emscherbruch bei eher mäßigem Wind zeigt. "Was da für Schadstoffe in die Umgebung gegeben ist, kann man sich nicht vorstellen - vor allem ist das nur der sichtbare Teil der Partikel." kommentiert Sprecher Jäkel die dauerhaft belastende Situation der Anwohner.

Im Bereich der Luftschadstoffe kam es zu einem Wortgefecht zwischen den Gutachtern der Betreiberin und der Bürgerinitiative, nachdem Sprecher Jäkel der Betreiberin die Verletzung des phasing-out-Gebots der EU vorgeworfen hat: Es wurde in der UVP kein Quecksilberausstrag gemessen. Die Betreiberin ließ ihre Gutachter zu Wort kommen. Nachdem diese wortreich ausgeführt haben, was sie alles getan hätte und dass sie dreißig Jahre Erfahrung mitbrächten, brachte eine Einwenderin den Vortrag der von der Betreiberin engagierten Experten auf den Punkt: "Sie haben also nicht gemessen, richtig?". Der Gutachter musste bestätigen, dass dies nach Absprache mit den Fachbehörden nicht gemessen wurde. Jäkel: "Das EU-Recht steht über allem. Eine vorsätzliche Nichtmessung ist eine Verletzung der Umweltverträglichkeitsprüfung, so ist das Gutachten nicht verwertbar."

Das Fazit der Bürgerinitiative: Sowohl die Bezirksregierung Münster als auch die Betreiberin verschanzten sich zwischenzeitlich hinter juristischen Paragraphen. Letztere erschien zeitweise wortkarg, latent aggressiv und arrogant. So wusste auf eine Frage eines Einwenders der Genehmigungsexperte Karl-Heinz Dingerdissen nicht mehr, was "konditioniertes Sicherwasser" wäre, obwohl selbst die Betreiberin diese Fachbegriffe selbst auf ihrer Internetseite benutzt [1]. "Für die Bürgerinitiative war der erste Tag ein Erfolg: Die Betreiberin konnte auf eine Vielzahl unserer Feststellungen und Fragen nur

unzufriedenstellend antworten, so dass der Moderator der Bezirksregierung Münster mehrmals auf eine Antwort insistieren musste.“ Es wird heute spannend, denn auch am zweiten Tag werde die Bürgerinitiative genug Munition gegen das ungerechtfertigte Vorhaben der Betreiberin aufbringen.

[1] <https://www.agr.de/anlieferung-von-boeden-und-bohrschlamm-zur-sad-huenxe/>

Kontakt:

Heinz-Peter Jäkel (Sprecher der BI Uns stinkt's aus Herne)

E-Mail: HP.Jaekel@t-online.de

Telefon: 02325 51609

Mobil: 0170 284 1919